

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

17|2026

In aller Kürze

- Die Wirtschaft wird vor allem durch die Fiskalpakete sowie die gute Exportentwicklung belebt. Das Bruttoinlandsprodukt wächst im Jahr 2026 um 1,2 Prozent und im kommenden Jahr um 1,0 Prozent.
- Trotzdem sinkt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2026 um 210.000 und im nächsten Jahr um weitere 140.000. Das liegt auch am sinkenden Erwerbspersonenpotenzial, das in diesem Jahr erstmalig um 70.000 abnimmt. Dieser Rückgang verschärft sich im kommenden Jahr mit –140.000 Personen.
- Die Zahl der Arbeitslosen steigt 2026 um 50.000 und 2027 um 20.000 Personen. Im Jahresverlauf 2027 sind leichte Rückgänge zu erwarten.
- Nahezu alle Beschäftigungszuwächse wird es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit geben. Für das produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe erwarten wir im Prognosezeitraum einen Rückgang der Beschäftigtenzahl.
- Die geleisteten Arbeitsstunden steigen im laufenden Jahr trotz rückläufiger Erwerbstätigenzahlen um 0,2 Prozent, sinken 2027 jedoch um 0,3 Prozent.

IAB-Prognose 2026/2027

Erwerbstätigkeit schrumpft trotz besserer Konjunktur

von Hermann Gartner, Timon Hellwagner, Markus Hummel, Christian Hutter, Benjamin Lochner, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Die Konjunktur hat sich nach Jahren der Wirtschaftsschwäche zuletzt stabilisiert. Am Arbeitsmarkt haben sich aber ungünstige Trends fortgesetzt. Die Beschäftigung gerät auch durch die demografische Schrumpfung unter Druck. Der Kurzbericht gibt einen Ausblick bis 2027.

Weitere wirtschaftliche Erholung

Nach einer längeren Schwächephase erreichte die deutsche Wirtschaft wieder einen Wachstumspfad. Im ersten Quartal 2026 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 Prozent gewachsen, im zweiten um 0,3 Prozent – trotz der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Wir erwarten, dass im dritten Quartal das Wachstum durch den Hitzesommer mit den niedrigen Pegelständen zwar gedämpft wird, sich aber fortsetzt. Im Gesamtjahr ergibt sich ein Wachstum von 1,2 Prozent. Für das

kommende Jahr erwarten wir ein Wachstum von 1,0 Prozent.

Das weltwirtschaftliche Umfeld entwickelt sich trotz der erneut höheren Energiepreise und der weiteren geopolitischen Unsicherheiten relativ robust. Das Wirtschaftswachstum der USA schwächte sich im zweiten Quartal mit 0,4 Prozent wieder etwas ab. Zuletzt haben sich auch die Konjunkturaussichten für die nächsten Monate eingetrübt und sind leicht im negativen Bereich. In China schwächte sich das Wachstum auf 0,9 Prozent ab. Die Konjunkturerwartungen bleiben aber positiv. In der Eurozone ist die Wirtschaft im zweiten Quartal mit 0,6 Prozent wieder stärker gewachsen als noch im Vorquartal. Die Erwartungen für Europa haben nach einer mehrmonatigen Erholung wieder etwas nachgegeben, aber bleiben deutlich positiv. Die Weltwirtschaft dürfte auch im kommenden Jahr weiter expandieren.



Dr. Hermann Gartner
hermann.gartner@iab.de



Timon Hellwagner
timon.hellwagner@iab.de



Markus Hummel
markus.hummel@iab.de



Dr. Christian Hutter
christian.hutter@iab.de



Dr. Benjamin Lochner
benjamin.lochner@iab.de



Susanne Wanger
susanne.wanger@iab.de



Dr. Gerd Zika
gerd.zika@iab.de



Prof. Dr. Enzo Weber
enzo.weber@iab.de

Die Autorin und die Autoren sind Mitarbeitende des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ im IAB. Prof. Dr. Enzo Weber ist Leiter dieses Forschungsbereichs.

Der deutsche Außenhandel hat wesentlich zur konjunkturellen Belebung im ersten Halbjahr beigetragen. So legten im zweiten Quartal 2026 die Exporte preis-, saison- und kalenderbereinigt um 2,0 Prozent zu, die Importe um 1,5 Prozent. Insbesondere die Chemieindustrie und die Hersteller von IT-, elektrischen und optischen Erzeugnissen konnten mehr exportieren. So ist der Import von Kunststoffen, Industriechemikalien und Düngemitteln aus den Golfstaaten und China in die EU deutlich zurückgegangen, sodass deutsche Exportfirmen einspringen konnten. Die gute Entwicklung der Exporte spiegelt sich auch im Produzierenden Gewerbe wider. So wächst der Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe seit Herbst letzten Jahres kräftig. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat im Juli aber wieder nachgegeben, nachdem sie von April bis Juni angezogen hatte. Die Exporterwartungen haben sich zuletzt deutlich verbessert, sodass sich die gute Entwicklung der Exporte fortsetzen dürfte.

Die Investitionen sind im zweiten Quartal 2026 um 0,1 Prozent gewachsen, wobei sich deren einzelne Komponenten sehr unterschiedlich entwickelten. Der Anstieg lag vor allem an mehr Investitionen in sonstige Anlagen (+0,8 %). Die Bauinvestitionen (+0,1 %) stiegen leicht. Die Investitionen in Ausrüstungen (-1,4 %) sanken dagegen. Das Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur trägt hier zur Entwicklung der Nachfrage bei. Die privaten Investitionen blieben schwach, da die Kapazitätsauslastung noch niedrig ist. Es gibt eine Reihe von positiven Signalen: Die Auftragseingänge bei den Herstellern von Investitionsgütern haben sich im Juli erneut deutlich verbessert. Im Hoch- und Tiefbau hat die Produktion im Juli zugelegt und liegt auf einem Jahreshöchstwert. Hier könnten aber auch Nachholeffekte aufgrund der schlechten Witterung im ersten Quartal eine Rolle gespielt haben. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im Juni erhöht. Die Zahl der Baugenehmigungen hat im Juni zwar etwas

nachgegeben, doch sie liegt weiter deutlich über dem Vorjahreswert. Höhere Kreditzinsen dürften den Wohnungsbau zwar belasten, dennoch haben sich die Erwartungen für die nächsten Monate im Bauhauptgewerbe im August aufgehellt.

Die Konsumausgaben des Staates und der private Konsum legten im zweiten Quartal gleichermaßen um 0,1 Prozent zu. Die Entwicklung der Umsätze im Konsumbereich zeigt sich verhalten: Im Einzelhandel sind sie im Juli deutlich zurückgegangen. Auch im Gastgewerbe waren sie im Jahresverlauf rückläufig und haben im Juni weiter nachgegeben. Die Inflationsrate lag im August bei 2,9 Prozent und ist damit im Jahresverlauf deutlich gestiegen – insbesondere wegen höherer Energiepreise. Die Inflation belastet somit weiterhin die Kaufkraft und bremst die Erholung der Konsumnachfrage. Die Sparneigung ist aufgrund bestehender Unsicherheiten weiter hoch. Das Konsumklima hat sich seit seinem Tief im Mai 2026 erholt – nicht zuletzt, weil sich die Einkommenserwartungen verbessert haben –, bleibt doch insgesamt pessimistisch.

Das Wachstum dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen, verlangsamt sich aber zunächst durch die erneut ansteigenden Energiepreise und die Einschränkungen in der Binnenschifffahrt aufgrund des trockenen Sommers. Wir gehen für unsere Prognose außerdem davon aus, dass sich der Konflikt mit dem Iran weiter hinzieht, dass die Lage aber auch nicht erneut stärker eskalieren wird. Der deutsche Außenhandel wird im verbleibenden Jahr 2026 und 2027 weiter wachsen. Das Sondervermögen für Infrastruktur und die zusätzlichen Ausgaben für äußere Sicherheit geben der Konjunktur weiterhin Rückenwind. Die Investitionsnachfrage wird sich mit einer zunehmenden Auslastung der Kapazitäten verbessern. Auch der Konsum der privaten Haushalte dürfte sich im weiteren Verlauf langsam beleben. Insgesamt erwarten wir für 2026 einen Anstieg des realen BIP um 1,2 Prozent (Prognoseintervall $\pm 0,2$ %-Punkte; Kalendereffekt 0,25 %-Punkte). Für 2027 prognostizieren wir eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1,0 Prozent (Prognoseintervall $\pm 1,2$ %-Punkte; Kalendereffekt 0,12 %-Punkte).

Wirtschaftsprognosen weisen grundsätzlich Unsicherheiten auf, die durch Prognoseintervalle verdeutlicht werden. Aktuell ist noch unklar, wie stark fiskalische Impulse im nächsten Jahr aus-

fallen, wie zügig Reformmaßnahmen umgesetzt werden und wie schnell sie wirken. Größter Unsicherheitsfaktor ist aber, wie sich die aktuellen geopolitischen Konflikte entwickeln. Ein Ergebnis des BIP im unteren Band der Prognose stellt sich ein, etwa wenn sich Energiepreise stärker und dauerhaft erhöhen, Lieferketten noch stärker gestört werden oder die Wirkung fiskalpolitischer Impulse schwächer bleibt. Aufwärtsschancen mit einer Entwicklung im oberen Band bestehen, wenn sich die geopolitische Lage rascher beruhigt als derzeit erwartet oder die fiskalischen Impulse kräftiger wirken und zum Beispiel auch die Konsumnachfrage stärker beleben.

Erwerbstätigkeit schrumpft trotz besserer Konjunktur

Der jahrelange Wirtschaftsabschwung hat die Arbeitsmarktentwicklung gedämpft. Seit Jahren nimmt die Arbeitslosigkeit zu (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2026a). Die Erwerbstätigkeit reagierte seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 wesentlich robuster auf konjunkturelle Schwankungen als in den Zeiten davor (Klinger/Weber 2020). Angesichts von Arbeitskräfteknappheit versuchen viele Betriebe, ihre Beschäftigten selbst in konjunkturellen Schwächephasen zu halten. Diese Strategie steht aber infrage, wenn Zukunftsperspektiven wie derzeit in vielen Teilen der Industrie unklar sind. Zudem schrumpft infolge des demografischen Wandels mittlerweile das Arbeitskräftepotenzial.

Seit Mitte 2025 sinkt die Erwerbstätigkeit. Ein Hauptgrund dafür liegt im jahrelangen Wirtschaftsabschwung und in der Transformationskrise der Industrie. Tatsächlich haben strukturelle Ursachen der Arbeitsmarktentwicklung an Bedeutung gewonnen (Hutter/Weber 2025).

Auf der anderen Seite sinkt mittlerweile die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland, da sich der demografische Wandel verschärft und die Migration deutlich abgenommen hat. Ein steigendes Arbeitskräfteangebot war in der Vergangenheit einer der Faktoren für den langjährigen Beschäftigungsaufschwung. Ebenso relevant waren eine bessere Matching-Effizienz und eine höhere Bereitschaft Stellen zu schaffen (Hutter et al. 2022). Die von Unternehmen neu gemeldeten Stellen lagen aber über Jahre auf einem histori-

schen Tiefstand und haben sich bisher nur wenig erholt. Auch die Jobchancen von Arbeitslosen sind auf ein deutlich niedrigeres Niveau gefallen, Bewegung bei Jobwechseln hat über die Industriekrise seit 2022 abgenommen (Weber/Yilmaz 2026). Die Zahl der Beschäftigten, die arbeitslos werden, hat sich erhöht, das Niveau liegt aber noch immer unter dem der 2010er Jahre.

Angesichts der schwachen Arbeitsmarktdynamik liegt die Langzeitarbeitslosigkeit um mehr als 300.000 Personen über dem Vor-Corona-Niveau. Verfestigungstendenzen spiegeln sich vor allem in der Arbeitslosenquote von Geringqualifizierten. Der Mismatch zwischen den Qualifikationsniveaus der Arbeitslosen und den Anforderungsniveaus der Stellen hat seit der Covid-19-Pandemie zugenommen. Allerdings steigt auch die Arbeitslosigkeit von Akademikerinnen und Akademikern – wenngleich auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Der Mindestlohn war zu Jahresbeginn 2026 um 8,4 Prozent kräftig erhöht worden, Anfang 2027 wird er um weitere 5 Prozent steigen. Zur Mindestlohneinführung waren negative Beschäftigungseffekte kaum eingetreten. Die Arbeitskräfteknappheit ist jedoch nicht mehr so ausgeprägt und es wurde ein höheres Mindestlohniveau erreicht (Hutter/Weber 2026). In der Tat sank die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Januar und Februar 2026 zusammen um knapp 30.000 Personen stärker als zuvor. Besonders die Beschäftigung in stark vom Mindestlohn betroffenen Branchen hatte sich hier schlechter entwickelt. Das zeigt sich statistisch signifikant auch in einer ökonometrischen Modellschätzung (Differenzen-in-Differenzen), die Branchen nach ihrer Mindestlohn-betroffenheit unterscheidet. Gleiches gilt für die geringfügig Beschäftigten mit einem geschätzten Beschäftigungsverlust von rund 20.000.

Die kräftigere Konjunktur stützt die Erwerbstätigkeit, die stärkere Schrumpfung beim Erwerbspersonenpotenzial wirkt dem aber entgegen. Zudem dürfte nach der langen Schwächephase oft zunächst die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten zunehmen, bevor Beschäftigung aufgebaut wird. Auch die wirtschaftliche Unsicherheit dämpft die Beschäftigung (Parker/Weber 2026). Deshalb gehen wir davon aus, dass die Erwerbstätigkeit weiter fällt, allerdings flacher als bisher (vgl. Abbildung A1 auf Seite 5). Auch das IAB-Arbeits-

marktbarometer zeigt für die Beschäftigungsentwicklung einen leicht negativen Ausblick. Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit, auch wenn die Perspektive weniger negativ geworden ist. Mit stabiler Konjunktur dürfte der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einem Ende kommen, für eine deutliche Senkung reicht das prognostizierte Wirtschaftswachstum aber nicht aus.

Für den Jahresdurchschnitt 2026 rechnen wir damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen um 210.000 Personen zurückgehen wird (Prognoseintervall ± 30.000). Im kommenden Jahr gibt es ein etwas kleineres Minus von 140.000 Personen (Prognoseintervall ± 220.000). Die Zahl der Arbeitslosen steigt 2026 um 50.000 (Prognoseintervall ± 20.000) und 2027 um 20.000 (Prognoseintervall ± 140.000) Personen.

Zahl der marginal Beschäftigten sinkt deutlich

Im Jahr 2025 waren 34,96 Millionen Personen beziehungsweise 76 Prozent der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die seit 2023 schwache Konjunktur hinterließ deutliche Spuren: Die regelmäßig kräftigen Zuwächse des vorigen Jahrzehnts sind Vergangenheit, seit gut einem Jahr gibt es Rückgänge. Auch die leichte konjunkturelle Belebung reichte hier nicht für eine bessere Entwicklung. Wir erwarten für den Jahresdurchschnitt 2026, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 70.000 auf 34,89 Millionen Personen abnimmt (vgl. Tabelle T1 auf Seite 6). 2026 wird damit das erste Jahr seit der Weltfinanzkrise 2009 sein, in dem diese Erwerbsform nicht mehr wächst. Für 2027 prognostizieren wir einen weiteren Rückgang um 40.000 Personen auf dann 34,85 Millionen Personen.

4,72 Millionen Personen beziehungsweise 10 Prozent der Erwerbstätigen gehörten 2025 zur Gruppe der marginal Beschäftigten.¹ Die rückläufige Entwicklung dieser Beschäftigungsgruppe hat sich zuletzt beschleunigt, und wir erwarten hier keine Trendänderung. Zum einen wird der Mindestlohn Anfang 2027 erneut deutlich erhöht (bei gleichzeitiger Anhebung der Verdienstgrenze), zum anderen ist die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung mit Einführung der Aktivrente als potenzielle Alternative zur marginalen

Beschäftigung attraktiver geworden. Außerdem steigt der pauschale Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung für gewerbliche Minijobs Anfang 2027 von bisher 13 Prozent auf voraussichtlich 17,5 Prozent. Wir erwarten für 2026 und 2027 deutliche Rückgänge um 110.000 und 100.000 auf 4,61 beziehungsweise 4,51 Millionen marginal Beschäftigte (vgl. Tabelle T3 auf Seite 11). Negative Effekte einer möglichen Gesetzesänderung wie der von der Alterssicherungskommission vorgeschlagenen weitgehenden Abschaffung der Minijobs sind in dieser Prognose nicht enthalten.

Mit 3,66 Millionen Personen waren im vergangenen Jahr 8 Prozent der Erwerbstätigen Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige. Ihre Zahl ist seit 2012 rückläufig. Gerade in Zeiten von konjunktureller Schwäche, Krisen und Unsicherheit erscheint Selbstständigkeit aufgrund der fehlenden sozialen Absicherung gegenüber anderen Erwerbsformen weniger attraktiv. Dass auch Selbstständige keinen Anspruch auf Aktivrente haben, ist ein weiterer Faktor. Zudem dürfte der Trend demografisch zu erklären sein: Da überwiegend jüngere Menschen gründen, sinkt mit der Zahl jüngerer Menschen das Gründungspotenzial. Für den Jahresdurchschnitt 2026 erwarten wir für diesen Personenkreis einen Rückgang um 60.000 auf 3,61 Millionen Personen. Für 2027 rechnen wir mit einem weiteren Minus von 50.000 auf dann 3,56 Millionen Selbstständige. Damit wird ein historischer Tiefstand seit Beginn der gesamtdeutschen Statistik 1991 erreicht.

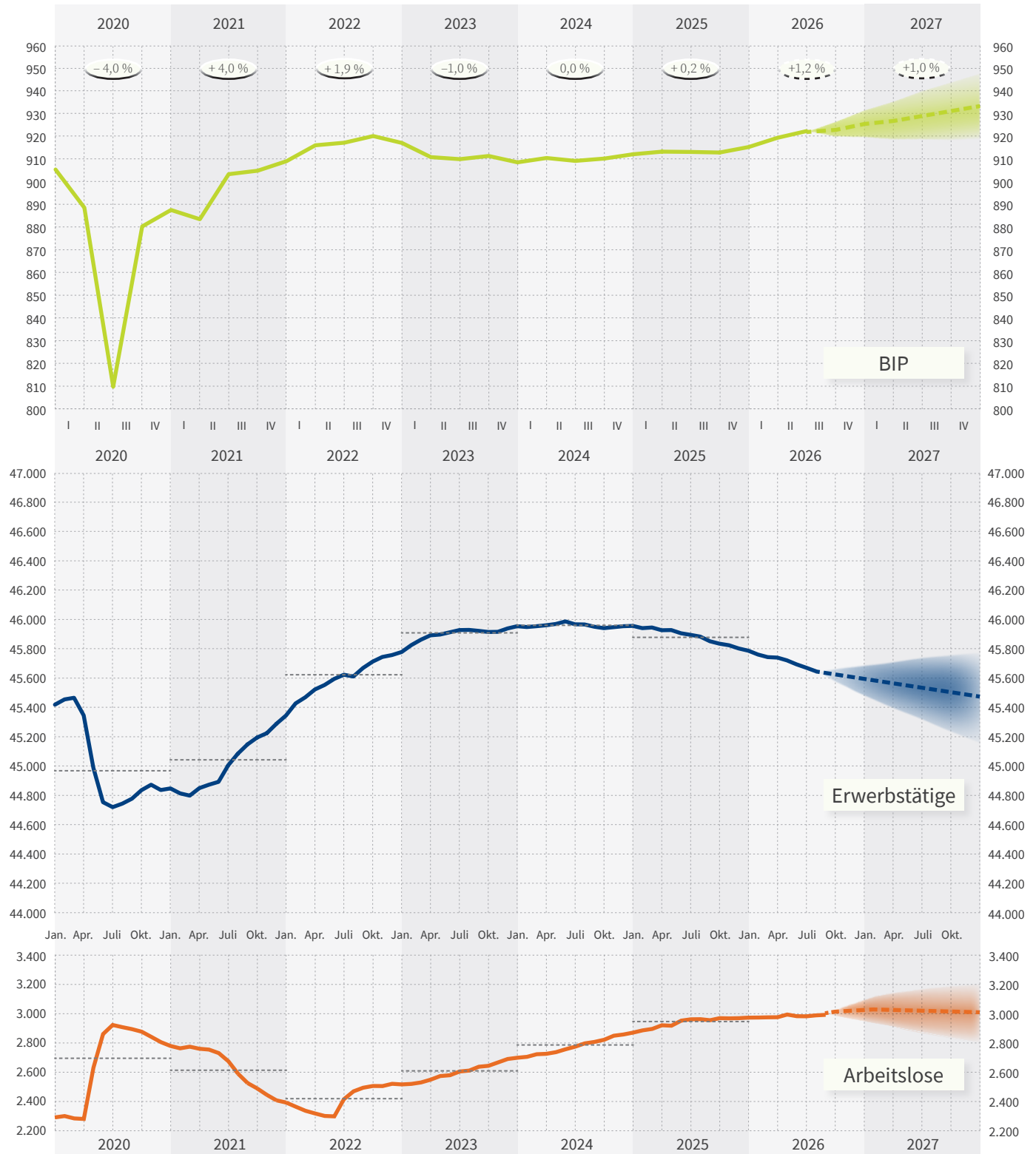
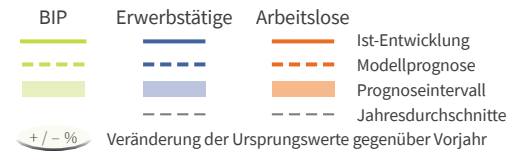
Knapp 5 Prozent der Erwerbstätigen waren im Jahr 2025 Beamtinnen oder Beamte. Seit dem Tiefstand von 2016 steigt ihre Zahl wieder langsam an, was auch an einem deutlichen Zuwachs im Bildungsbereich liegt. Aufgrund der höheren Prioritäten für die äußere und innere Sicherheit rechnen wir mit einem Stellenaufbau im Bereich der Verteidigung und des Grenzschutzes.² Für 2026 und 2027 prognostizieren wir daher weitere Anstiege um 20.000 beziehungsweise 30.000 Beamtinnen und Beamte.

¹ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. 1-Euro-Jobs) werden in der Erwerbstätigenrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) unter den marginal Beschäftigten zusammengefasst. Die Zeitreihe wurde aufgrund der VGR-Generalrevision 2024 aktualisiert (Wanger et al. 2024).

² Soldatinnen und Soldaten zählen im Rahmen der VGR zur Gruppe der Beamtinnen und Beamten.

Entwicklungstendenzen von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsmarkt in Deutschland 2020 bis 2027

BIP in Mrd. Euro (preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte)
Erwerbstätige und Arbeitslose in 1.000 (saisonbereinigte Monatswerte)



Anmerkung zu den Prognoseintervallen: Zu jedem Zeitpunkt wird der realisierte Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 innerhalb des Bandes liegen. Also wird beispielsweise die Erwerbstätigkeit im Juni 2027 mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,31 Mio. und 45,75 Mio. Personen liegen.

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2026. Grafik: IAB.

Produzierendes Gewerbe und einige Dienstleister stehen unter Druck

Die Arbeitsmarktentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist heterogen. So bauen einerseits vor allem das Produzierende Gewerbe und der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe Beschäftigung ab, andererseits baut hauptsächlich der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit Beschäftigung auf (vgl. Tabelle T2 auf Seite 7).

Einen kräftigen Beschäftigungsaufbau mit +170.000 Beschäftigten in diesem und +150.000 im nächsten Jahr erwarten wir im Bereich Öffentliche

Dienstleister, Erziehung, Gesundheit – was hauptsächlich am Ausbau der Kindertagesbetreuung und an der Alterung der Gesellschaft liegt und dem daraus resultierenden höheren Betreuungsbedarf. In der Finanz- und Versicherungsbranche sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen werden 2026 die Beschäftigtenzahlen mit jeweils rund 10.000 steigen. Für das kommende Jahr rechnen wir für beide Bereiche mit einer positiven Null.

Die wirtschaftlichen Umbrüche infolge der Transformation in Verbindung mit einem unsicheren Außenhandel aufgrund der US-amerikanischen Zollpolitik und dem Konflikt im Nahen

T1

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2020 bis 2027

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Prognose 2026	Prognose 2027
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften								
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt	- 4,0	+ 4,0	+ 1,9	- 1,0	± 0,0	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Stundenproduktivität	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,1	- 1,2	- 0,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Arbeitsvolumen	- 4,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,3	- 0,8	+ 0,2	- 0,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit	- 4,3	+ 2,1	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	+ 0,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,3
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 325	+ 75	+ 581	+ 287	+ 51	- 82	- 144
	Jahresdurchschnitte in 1.000	44.966	45.041	45.622	45.909	45.960	45.670	45.525
	davon: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000	33.579	33.897	34.507	34.790	34.934	34.963	34.850
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 61	+ 318	+ 610	+ 283	+ 144	+ 28	- 40
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1
B. Das Angebot an Arbeitskräften								
Erwerbspersonenpotenzial¹⁾ Jahresdurchschnitte in 1.000	47.461	47.583	47.951	48.325	48.556	48.659	48.585	48.446
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 60	+ 122	+ 368	+ 373	+ 231	+ 103	- 74	- 139
C. Die Arbeitsmarktbilanz								
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1.000	2.695	2.613	2.418	2.609	2.787	2.948	3.020
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 429	- 82	- 195	+ 191	+ 178	+ 161	+ 50
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	5,9	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4
	davon: SGB III in 1.000	1.137	999	808	875	980	1.099	1.194
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 310	- 138	- 191	+ 66	+ 105	+ 119	+ 14
	SGB II in 1.000	1.559	1.615	1.610	1.734	1.807	1.849	1.826
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 119	+ 56	- 5	+ 124	+ 73	+ 42	+ 7
	Anteil SGB II in %	57,8	61,8	66,6	66,5	64,8	62,7	60,5
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %-Punkten	- 5,7	+ 4,0	+ 4,8	- 0,1	- 1,6	- 2,1	- 2,0
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
Stille Reserve	Jahresdurchschnitte in 1.000	983	1.025	974	1.074	1.106	1.115	1.233
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 3	+ 42	- 51	+ 99	+ 32	+ 9	+ 18
	davon: Stille Reserve im engeren Sinn	311	387	317	338	410	516	707
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 116	+ 75	- 70	+ 21	+ 72	+ 106	+ 65
	Stille Reserve in Maßnahmen	672	638	657	735	695	599	526
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 112	- 34	+ 19	+ 78	- 40	- 96	- 47

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande. Aktualisierung der Zeitreihen ab 2022 im Rahmen der VGR-Sommerrechnung 2026.

¹⁾ Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve (inkl. arbeitssuchender Nichterwerbspersonen).

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand September 2026.

Osten setzen das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe unter Druck und führen zu einer sinkenden Beschäftigung. Für 2026 erwarten wir einen starken Rückgang um 160.000 Beschäftigte. Für nächstes Jahr rechnen wir weiterhin mit einem Beschäftigungsrückgang, der mit –130.000 Personen jedoch etwas schwächer ausfällt als 2026. Die Lockerung der Schuldenbremse ermöglicht nun zwar steigende Verteidigungsausgaben, diese kommen jedoch vor allem der Rüstungsindustrie und deren Zulieferbranchen zugute.

Das Baugewerbe – das Teil des Produzierenden Gewerbes ist – profitiert vom Sondervermögen, das steigende Ausgaben für die Infrastruktur ermöglicht. Hinzu kommt, dass nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Wohnraum besteht. Auf der anderen Seite sind auch die Baufinanzierungskosten weiterhin relativ hoch und die Bauberufe von Fachkräfteengpässen betroffen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2026b). Daher rechnen wir hier für dieses und nächstes Jahr bei der Beschäftigungsentwicklung nur mit einer Stagnation.

Die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern ist eng an die des Produzierenden Gewerbes gekoppelt. Daher rechnen wir auch 2026 mit einem weiteren Beschäftigungsabbau in Höhe von –40.000 Personen, der sich aber im kommenden Jahr halbieren wird.

Seit 2015 erzielte der Bereich Information und Kommunikation die prozentual höchsten Beschäftigungsgewinne. Seit Anfang 2023 stagnierte dieser Bereich aber und seit Anfang 2025 wird Beschäftigung sogar abgebaut. Neben den Auswirkungen der Industriekrise schreitet die Automation nun auch hier voran, beispielsweise durch Künstliche Intelligenz, und verändert den Trend, Produktions- und Dienstleistungsprozesse stärker zu vernetzen und zu digitalisieren. Für 2026 und 2027 erwarten wir Beschäftigungsrückgänge in Höhe von –20.000 und –10.000 Personen.

Der von der Corona-Krise stark betroffene Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe befand sich nach seinem Aufholprozess zunächst in einer Phase der Stagnation. Seit Mitte 2025 sinkt die Beschäftigung aufgrund der Konsumschwäche und der auch hier feststellbaren Arbeitskräfteengpässe jedoch wieder kontinuierlich. Für den Prognosezeitraum rechnen wir daher ebenfalls mit einer relativ stark sinkenden Beschäftigung (2026: –90.000; 2027: –70.000 Personen).

Eine ähnliche Beschäftigungsentwicklung zeigt der ebenso stark von der Corona-Krise betroffene Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen. Auch hier nimmt die Beschäftigtenzahl nach einer Stagnationsphase seit Mitte 2025 stetig ab. Für die Jahre 2026 und 2027 erwarten wir mit jeweils –20.000 Personen einen weiteren Beschäftigungsabbau.

Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen 2022 bis 2027

Jahresdurchschnittlicher Bestand 2022; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr absolut und in Prozent

	2022	2023		2024		2025		Prognose 2026		Prognose 2027	
	Bestand	Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	360	– 5	– 1,32	1	0,28	1	0,42	– 1	– 0,33	– 1	– 0,35
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	7.866	34	0,43	– 48	– 0,61	– 138	– 1,76	– 155	– 2,01	– 129	– 1,71
Baugewerbe	2.190	13	0,62	– 21	– 0,98	– 12	– 0,55	– 2	– 0,07	3	0,13
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	9.252	65	0,71	11	0,12	– 17	– 0,19	– 91	– 0,97	– 70	– 0,76
Information und Kommunikation	1.395	48	3,46	7	0,45	– 8	– 0,52	– 21	– 1,45	– 10	– 0,73
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	948	– 1	– 0,05	12	1,29	14	1,51	5	0,56	3	0,26
Grundstücks- und Wohnungswesen	441	5	1,08	2	0,51	3	0,73	5	1,11	1	0,17
Unternehmensdienstleister	5.441	73	1,34	– 9	– 0,16	– 48	– 0,87	– 44	– 0,80	– 19	– 0,34
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	11.265	112	1,00	167	1,47	184	1,59	170	1,45	145	1,22
Sonstige Dienstleister	2.585	10	0,40	0	0,00	13	0,52	– 20	– 0,76	– 18	– 0,69
Gesamt	41.742	356	0,85	122	0,29	– 6	– 0,01	– 152	– 0,36	– 97	– 0,23

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen; Stand September 2026.

Höherer Anteil der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III

Der Rechtskreis SGB III, das Versicherungssystem, erfasst vor allem Personen, die ihre Beschäftigung erst kürzlich verloren haben. Sie stehen dem ersten Arbeitsmarkt oft näher als Arbeitslose im Rechtskreis SGB II. Der Grundsicherung gehören häufiger Personen an, die bereits länger ohne Beschäftigung sind oder wegen zu kurzer Beschäftigungszeiten keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung erworben haben. Der Versicherungsbereich reagiert deshalb wesentlich stärker auf die Konjunktur als die Grundsicherung.

Im Jahresdurchschnitt 2025 betrug die Zahl der SGB-III-Arbeitslosen 1,10 Millionen (vgl. Tabelle T1). In den vergangenen Jahren ist sie infolge der schwachen Konjunktur deutlich gestiegen. Mit der einsetzenden Erholung dürfte der Aufwärtstrend zum Stillstand kommen. Ein Rückgang ist im Prognosezeitraum jedoch nicht zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2026 steigt sie um rund 80.000 Personen auf 1,18 Millionen, auch wegen eines Überhangs von rund 40.000 zu Jahresbeginn. 2027 stagniert sie im Jahresverlauf. Der Jahresdurchschnitt liegt wegen des Überhangs mit rund 1,19 Millionen etwas über dem Vorjahr.

Im Jahresdurchschnitt 2025 betrug die Zahl der SGB-II-Arbeitslosen 1,85 Millionen (vgl. Tabelle T1). Die Grundsicherung reagiert schwächer auf die Konjunktur. Bis zur Jahresmitte 2026 sank die SGB-II-Arbeitslosigkeit auf einen Tiefstand von rund 1,80 Millionen. Dazu tragen höhere Jobaufnahmekquoten Geflüchteter und geringere Asylzahlen bei. Seit Juli 2026 wirkt die Reform der Grundsicherung in zwei Richtungen. Nach der geänderten Zumutbarkeitsregel in § 10 SGB II gelten mehr erziehende Leistungsberechtigte als verfügbar und damit als arbeitslos. Wir ziehen dafür die Schätzung aus dem Gesetzesentwurf von rund 60.000 Personen heran (siehe Bundesregierung 2026), verteilt auf die nächsten Monate. Dem könnten vermehrte Arbeitsaufnahmen durch den wiedereingeführten Vermittlungsvorrang und verschärfte Mitwirkungspflichten gegenüberstehen (vgl. Weber 2026a). Wir erwarten, dass der zusätzliche Zugang durch § 10 SGB II Anfang 2027 ausläuft und die verbesserten Arbeitsaufnahmen dann wieder überwiegen. Im Jahresdurchschnitt 2026 ergibt sich ein Rückgang

um rund 30.000 Personen auf 1,82 Millionen, weil der Anstieg durch § 10 SGB II-Fälle erst im zweiten Halbjahr einsetzt. Auch wenn die SGB-II-Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 2027 leicht sinkt, so liegt sie im Jahresdurchschnitt mit rund 1,83 Millionen wegen des höheren Ausgangsniveaus dennoch leicht über 2026.

Nach dem Anstieg im zweiten Halbjahr 2026 geht die SGB-II-Arbeitslosigkeit 2027 zurück, während sich die SGB-III-Arbeitslosigkeit kaum noch verändert. Somit entfällt ein noch größerer Teil der Arbeitslosigkeit auf den Versicherungsbereich als vor der Konjunkturschwäche. Mehr Menschen, die erst vor Kurzem ihre Beschäftigung verloren haben, bringen Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung mit. Gründe für den steigenden SGB-III-Anteil an der Arbeitslosigkeit sind die seit 2023 anhaltende Schwäche der Industrie und die zurückhaltenden Neueinstellungen der Betriebe. Der Beschäftigungsabbau vollzieht sich überwiegend über nicht ersetzte Abgänge und auslaufende Verträge, weniger über Entlassungen. Hinzu kommt die statistische Neuuzuordnung eines Teils der ukrainischen Geflüchteten zum Rechtskreis SGB III.

Stille Reserve steigt an

Zur Stillen Reserve im engeren Sinn zählen insbesondere Personen, die im Moment nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, aber bei besserer Arbeitsmarktlage oder unter geeigneteren persönlichen Umständen wie einer passenden Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen eine Arbeit aufnehmen würden. Entmutigte oder dem Arbeitsmarkt aus Altersgründen schon fernstehende Personen sehen bei der derzeitigen Lage keine guten Chancen auf eine Beschäftigungsmöglichkeit. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Stillen Reserve im engeren Sinn um durchschnittlich 130.000 und im Jahr 2027 um 70.000 Personen.

Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber nicht – wie beispielsweise Beschäftigte mit Ein-Euro-Jobs oder im sozialen Arbeitsmarkt – erwerbstätig sind. Bei den Teilnahmen an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung erwarten wir nach einem spür-

baren Anstieg in den vergangenen Monaten für den Prognosezeitraum stagnierende Bestandszahlen. Die Zahl der Personen über 58 Jahre, die aufgrund des § 53a Abs. 2 SGB II nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen, weil sie seit mehr als einem Jahr kein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten haben, sinkt kontinuierlich, da diese Sonderregelung zum Jahresende 2022 ausgelaufen ist. Auch die Teilnahme von Geflüchteten an Sprach- und Integrationskursen ist im Prognosezeitraum deutlich rückläufig. In der Summe gehen wir davon aus, dass die Stille Reserve in Maßnahmen im Jahresdurchschnitt 2026 um 30.000 und im nächsten Jahr um weitere 50.000 Personen abnimmt.

Somit steigt die gesamte Stille Reserve in diesem Jahr um 100.000 und im kommenden Jahr um 20.000 Personen und beträgt im Jahresdurchschnitt 2027 1,23 Millionen.³

Demografischer Wandel und niedrige Nettozuzüge lassen Erwerbspersonenpotenzial schrumpfen

Die Summe aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Stiller Reserve wird als Erwerbspersonenpotenzial bezeichnet. Dessen Veränderung lässt sich auf das Zusammenwirken unterschiedlicher Einflussfaktoren – den demografischen Effekt, den Verhaltens- effekt sowie den Wanderungseffekt – zurückführen, die sich isoliert voneinander betrachten lassen.

Im Prognosezeitraum wirken sich die Folgen des demografischen Wandels immer stärker aus. Für 2026 erwarten wir einen demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials um 470.000 Personen, für 2027 bereits um 490.000 Personen.

Diesem Rückgang stehen zum einen Zuwächse infolge von Nettozuzügen gegenüber. Nachdem diese bereits 2025 mit 235.000 Personen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken waren, zeigen die bis Juni 2026 vorliegenden monatlichen Zahlen aus der Wanderungsstatistik einen weiter rückläufigen Trend. Vor diesem Hintergrund nehmen wir für dieses sowie für das kommende Jahr jeweils eine Nettomigration von 125.000 Personen an. Die Wanderungssalden bilden dabei nicht nur die Erwerbsmigration, sondern das gesamte Wanderungsgeschehen zwischen Deutschland und anderen Staaten ab. Dabei geht es auch um Personen, die erst verzögert in den Arbeitsmarkt ein-

treten. Infolge des Wanderungseffekts wächst das Erwerbspersonenpotenzial 2026 um 140.000 Personen und 2027 um 90.000 Personen.

Zum anderen tragen weiterhin steigende Erwerbsbeteiligungsquoten zum Arbeitskräfteangebot bei. Für das laufende und das kommende Jahr erwarten wir aufgrund des Verhaltenseffekts ein Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials um jeweils 260.000 Personen.

Das Zusammenwirken dieser drei Komponenten lässt das Erwerbspersonenpotenzial im Prognosezeitraum schrumpfen. Für den Jahresdurchschnitt 2026 erwarten wir einen Rückgang um 70.000 auf 48,59 Millionen, für 2027 einen Rückgang um 140.000 auf 48,45 Millionen Personen. Der demografische Wandel bremst das Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials dabei nicht nur aus, sondern ergibt in Kombination mit der unterstellten rückläufigen Nettomigration einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Die Annahmen zum Wanderungsgeschehen sind mit Unsicherheit behaftet. Eine höhere Nettomigration würde dem demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stärker entgegenwirken.

Arbeitsvolumen entwickelt sich 2026 positiv, 2027 rückläufig

Die Jahresarbeitszeit der Beschäftigten steigt in beiden Prognosejahren. Für das laufende Jahr rechnen wir angesichts der konjunkturellen Entwicklung insgesamt mit einem stärkeren Anstieg um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr – für 2027 mit einer weiteren Zunahme der Arbeitszeit um 0,2 Prozent auf im Jahresdurchschnitt 1.314 Stunden. Dabei sind die Beiträge der einzelnen Arbeitszeitkomponenten zu der Veränderung der Jahresarbeitszeit sehr unterschiedlich (vgl. Abbildung A2 auf Seite 10).

Auch 2027 macht sich ein positiver Kalendereffekt bemerkbar (+1,4 Arbeitstage). Bereits im laufenden Jahr stehen aufgrund der Lage der Feiertage rund zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung als im Vorjahr. Die tarifliche beziehungsweise betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Vollzeit-

³ Im Vergleich mit dem Statistischen Bundesamt (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_154_13.html) verwendet das IAB einen enger gefassten Begriff der Stillen Reserve.

beschäftigten liegt gleichauf mit dem Vorjahr (vgl. Tabelle T3 auf Seite 11). Aufgrund des seit 2005 kontinuierlich sinkenden Anteils der Minijobs an allen Teilzeitbeschäftigten (2026: 27,3 %; 2027: 26,5 %) steigt die durchschnittliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im Prognosezeitraum erneut leicht an, und zwar auf rund 19,1 Stunden im Jahr 2027. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten beträgt 30,5 Stunden. Die tariflichen Urlaubsansprüche liegen in beiden Prognosejahren bei 29,6 Tagen.

Die konjunkturelle Kurzarbeit hat sich im ersten Halbjahr 2026 zwar verringert, liegt jedoch aufgrund der anhaltenden Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin auf einem etwas erhöhten Niveau. Kurzarbeit dient in erster Linie der Überbrückung vorübergehender konjunktureller Nachfrageausfälle und ist weniger geeignet zur Bewältigung struktureller Schwierigkeiten, von denen aktuell viele Unternehmen betroffen sind. Auch die befristete Verlängerung der maximalen Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von 12 auf 24 Monate läuft Ende 2026 aus. Aufgrund der stärkeren Konjunktur im laufenden Jahr rechnen wir mit einem weiteren Rückgang der Zahl der konjunkturellen Kurzarbeitenden auf im Durchschnitt 120.000 Personen 2026 und 110.000 im Jahr 2027. Zusammen mit der Saison- und Transferkurzarbeit erwarten wir 220.000 Kurzarbeitende im laufenden und rund 200.000 im kommenden Jahr. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall beträgt dabei rund 40 Prozent.

Wir prognostizieren einen im Vergleich zu den Vorjahren schwächeren Rückgang bei den bezahlten Überstunden (2026: -0,6 Stunden; 2027: -0,2 Stunden) und den unbezahlten Überstunden (2026: -0,5 Stunden; 2027: -0,0 Stunden). Die Entwicklung – gerade bei den klassischen bezahlten Überstunden – ist dabei von einem langjährigen rückläufigen Trend bestimmt (Hartl et al. 2025). Dazu hat auch der starke Anstieg der Teilzeitarbeit und der Rückgang von Beschäftigtengruppen, die bezahlte Überstunden leisten können, beigetragen. Mittlerweile ist ein großer Teil der zusätzlich geleisteten Stunden nicht bei den Überstunden erfasst, sondern fließt auf Arbeitszeitkonten. Diese verlängern die Arbeitszeit unterm Strich nicht, sondern flexibilisieren sie – was ein wesentlicher Zweck von Überstunden ist. Die Guthaben auf den Arbeitszeitkonten steigen im Prognosezeitraum kräftig: Im Jahresdurchschnitt ergibt sich in diesem Jahr ein Aufbau von 1,2 und im nächsten Jahr von 1,3 Stunden.

Der sprunghafte Anstieg des gemessenen Krankenstandsniveaus im Jahr 2022 ist auf eine Reihe von Faktoren, vor allem die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU), zurückzuführen (Wanger/Weber 2026). Die gemessenen monatlichen Krankenstandsquoten lagen zuletzt wieder unter den Vorjahreswerten. Für das laufende Jahr erwarten wir einen Rückgang auf 5,7 Prozent. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem leicht erhöhten Krankenstand, die Quote bleibt insgesamt auf dem bisherigen Niveau. Die diskutierte Abschaffung der telefonischen AU und die AU-Pflicht ab dem ersten Krankentag dürften sich auf die erfassten Krankenstände auswirken, eine Umsetzung ist gegenwärtig noch offen.

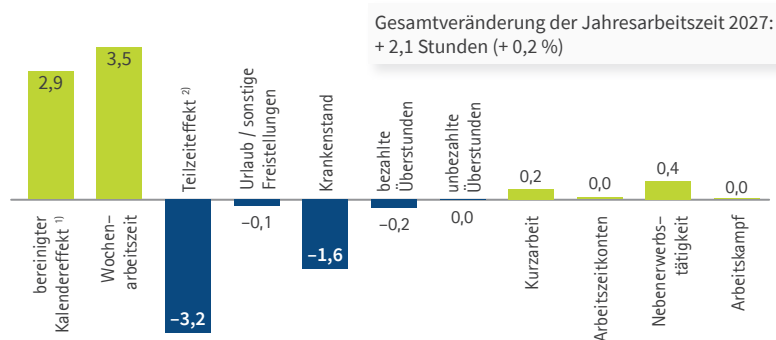
Aus diesen Arbeitszeitkomponenten und dem Verhältnis von Vollzeit und Teilzeitbeschäftigung bestimmt sich die Jahresarbeitszeit. In beiden Prognosejahren sinkt die Vollzeitbeschäftigung erneut, während die Teilzeitbeschäftigung weiter kräftig wächst. Die Teilzeitquote überschreitet in diesem Jahr erstmals die 40-Prozent-Marke; im kommenden Jahr wird sie bei 40,6 Prozent liegen.

Die Arbeitszeit der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen nimmt in beiden Prognosejahren ab, da auch hier die Teilzeitarbeit deutlich an Bedeutung gewonnen hat. In der Summe steigt die durchschnittliche Arbeitszeit aller

A2

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit je Beschäftigten im Jahr 2027

Effekt auf die Veränderung der Jahresarbeitszeit in Stunden gegenüber dem Vorjahr



Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus der Tabelle T3 abgeleitet werden.

¹⁾ Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

²⁾ Wirkung der Änderung des Teilzeitanteils an den Beschäftigten auf die Arbeitszeit.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2026. Grafik: IAB.

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 2020 bis 2027

			2020	2021	2022	2023	2024	2025	Prognose	
									2026	2027
A. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN)										
Personen	Beschäftigte AN	1.000	40.927	41.097	41.742	42.098	42.220	42.214	42.062	41.964
	darunter: Vollzeit	1.000	25.134	25.231	25.514	25.624	25.578	25.415	25.169	24.943
	reguläre Teilzeit	1.000	10.879	11.102	11.450	11.645	11.859	12.075	12.278	12.507
	marginal Beschäftigte ¹⁾	1.000	4.913	4.764	4.779	4.828	4.784	4.724	4.615	4.514
	Teilzeitquote	%	38,6	38,6	38,9	39,1	39,4	39,8	40,2	40,6
	Mehrfachbeschäftigte ²⁾	1.000	3.937	4.058	4.298	4.466	4.556	4.620	4.658	4.712
Arbeitszeitkomponenten und – effekte	Kalendertage	Tage	366	365	365	365	366	365	365	365
	Samstage und Sonntage	Tage	104	104	105	105	104	104	104	104
	Feiertage	Tage	9,5	7,7	8,2	10,6	12,2	11,9	9,4	8,1
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	252,5	253,3	251,8	249,4	249,8	249,1	251,6	252,9
	Wochenarbeitszeit Vollzeit	Std.	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
	Teilzeit	Std.	17,9	17,9	18,1	18,3	18,5	18,7	18,9	19,1
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,4	30,5
	Tarifliche / betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.533,1	1.539,2	1.530,0	1.516,3	1.520,4	1.515,5	1.531,8	1.540,4
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	32,5	32,2	31,8	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,5	29,6	29,7	29,7	29,7	29,7	29,6	29,6
	Krankenstand ³⁾ der Personen	%	4,44	4,43	5,87	6,07	5,93	5,86	5,67	5,74
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	11,2	11,2	14,8	15,1	14,8	14,6	14,3	14,5
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	68,1	68,1	89,8	92,1	90,2	88,8	86,8	88,4
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	208,8	209,9	205,2	203,3	204,0	203,5	206,3	207,4
	Bezahlte Überstunden je AN	Std.	14,0	14,4	17,7	13,6	14,9	13,1	12,5	12,3
	Bezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	574	592	740	573	628	553	524	514
	Unbezahlte Überstunden je AN	Std.	18,1	21,7	19,1	18,9	20,4	17,8	17,3	17,3
	Unbezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	741	894	799	797	862	753	727	725
	Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	– 8,3	– 0,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,4	– 1,4	+ 1,2	+ 1,3
	Kurzarbeitende	1.000	2.939	1.852	426	241	298	297	224	205
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	%	40,6	48,0	39,5	33,2	31,3	33,1	39,7	39,8
	Arbeitsausfall je Kurzararbeitenden	Std.	557,2	660,3	531,0	441,2	416,9	439,2	533,7	535,9
	Ausfallvolumen	Mio.Std.	1.637	1.223	226	106	124	131	120	110
	Kurzarbeitseffekt	Std.	40,0	29,8	5,4	2,5	2,9	3,1	2,8	2,6
	Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
	Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	– 7,4	– 10,4	– 4,6	+ 4,5	+ 3,1	+ 5,9	– 3,8	– 9,2
	Tatsächliche Jahresarbeitszeit	Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.244,3	1.270,7	1.275,7	1.272,0	1.277,3	1.270,3	1.280,3
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 3,7	+ 2,1	+ 0,4	– 0,3	+ 0,4	– 0,5	+ 0,8	+ 0,1
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	50.925	52.222	53.250	53.549	53.928	53.624	53.852	53.794
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 4,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7	– 0,6	+ 0,4	– 0,1
Arbeitszeit Vollzeit		Std.	1.558,8	1.595,5	1.604,1	1.598,6	1.602,8	1.594,5	1.606,4	1.608,7
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 4,1	+ 2,4	+ 0,5	– 0,3	+ 0,3	– 0,5	+ 0,7	+ 0,1
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	39.180	40.255	40.927	40.962	40.996	40.525	40.432	40.125
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 4,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1	– 1,1	– 0,2	– 0,8
Arbeitszeit Teilzeit		Std.	743,9	754,2	759,3	764,1	777,0	779,7	794,3	802,9
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 2,2	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,1
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	11.748	11.966	12.323	12.587	12.932	13.099	13.418	13.667
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 2,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,7	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,9
Arbeitszeit in Nebenjobs		Std.	279,5	285,3	292,2	286,7	287,5	287,0	287,7	287,7
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	1.100	1.158	1.256	1.281	1.310	1.326	1.340	1.356
Nebenerwerbstätigkeitseffekt		Std.	26,9	28,2	30,1	30,4	31,0	31,4	31,9	32,3
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs		Std.	1.271,2	1.298,8	1.305,8	1.302,4	1.308,3	1.301,7	1.312,1	1.314,2
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 3,7	+ 2,2	+ 0,5	– 0,3	+ 0,5	– 0,5	+ 0,8	+ 0,2
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	52.028	53.379	54.505	54.830	55.237	54.949	55.190	55.148
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	– 4,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,7	– 0,5	+ 0,4	– 0,1
Nachrichtlich: Arbeitstageeffekt		%	+ 1,5	+ 0,3	– 0,6	– 0,9	+ 0,1	– 0,3	+ 1,0	+ 0,5
Tägliche Arbeitszeit		%	– 5,2	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	– 0,2	– 0,2	– 0,4
B. Selbstständige und Mithelfende										
Personen	1.000	4.039	3.944	3.880	3.811	3.740	3.664	3.608	3.561	
Arbeitszeit	Std.	1.742,6	1.782,8	1.803,1	1.777,2	1.759,5	1.735,7	1.721,9	1.704,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 7,5	+ 2,3	+ 1,1	– 1,4	– 1,0	– 1,4	– 0,8	– 1,0	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	7.038	7.032	6.996	6.773	6.581	6.360	6.213	6.069	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 9,9	– 0,1	– 0,5	– 3,2	– 2,8	– 3,4	– 2,3	– 2,3	
C. Erwerbstätige										
Personen	1.000	44.966	45.041	45.622	45.909	45.960	45.878	45.670	45.525	
Arbeitszeit	Std.	1.313,6	1.341,2	1.348,1	1.341,8	1.345,0	1.336,4	1.344,5	1.344,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 4,3	+ 2,1	+ 0,5	– 0,5	+ 0,2	– 0,6	+ 0,6	+ 0,0	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	59.066	60.410	61.501	61.603	61.817	61.309	61.403	61.217	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	– 4,9	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,3	– 0,8	+ 0,2	– 0,3	

¹⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sog. 1-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den „marginal Beschäftigten“ zusammengefasst.

²⁾ Mehrfachbeschäftigte sind Personen, die zeitgleich in mehr als einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Dies können z. B. sein: Beschäftigte mit mindestens einer weiteren sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigung.

³⁾ Die schrittweise Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab 1.1.2022 führt nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums zu einer vollständigeren Erfassung der Arbeitsunfähigkeit bei weniger schweren Fällen, da zuvor versichertenseitig wenig Anreiz bestand, kurze Arbeitsunfähigkeiten an die Krankenkasse zu melden (Wanger et al. 2024).

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand September 2026. Aktualisierung der Zeitreihen ab 2022 im Rahmen der VGR-Sommerrechnung 2026.

Erwerbstätigen in diesem Jahr auf 1.345 Stunden (+0,6 %) und verbleibt im kommenden Jahr auf diesem Niveau. Trotz rückläufiger Erwerbstätigenzahl steigt das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – das Produkt aus durchschnittlicher Arbeitszeit und Erwerbstätigenzahl – im laufenden Jahr auf 61,40 Milliarden Stunden (+0,2 %), bevor es im kommenden Jahr auf 61,22 Milliarden Stunden (-0,3 %) zurückgeht.

Bei einem BIP-Wachstum von 1,2 Prozent und einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden um 0,2 Prozent wächst die Stundenproduktivität im laufenden Jahr mit 1,1 Prozent. Für das Jahr 2027 erwarten wir bei einem Anstieg des BIP um 1,0 Prozent und einer Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden einen weiteren kräftigen Zuwachs der Stundenproduktivität (+1,3 %, vgl. Tabelle T1).

Fazit

Die konjunkturelle Entwicklung hat sich nach Jahren der Stagnation zuletzt stabilisiert. Dies ist angesichts des neuerlichen Rückschlags durch den Ölpreisschock ein erstes positives Signal. Das bisherige Anziehen der Konjunktur basiert allerdings wesentlich auf dem Export. Die Ausfuhren in die EU haben deutlich zugelegt, aber in die für den globalen Wettbewerb zentralen Märkte der USA und Chinas sind weiter Rückgänge zu verzeichnen. Positive Impulse gibt es zudem bei den Investitionen. Diese basieren jedoch ausschließlich auf staatlicher Tätigkeit, gerade im Rüstungsbereich. Die privatwirtschaftlichen Investitionen sinken dagegen weiter.

Ein sich selbst tragender Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist mit der aktuellen Entwicklung daher noch nicht angelegt. Dafür sollten die Wirtschaftspolitik und die Verwendung der Fiskalmittel darauf ausgerichtet werden, die Erneuerungskrise mit Investitionen, Innovationen und neuen Geschäftsmodellen zu überwinden. Ebenso sollten arbeitsmarktpolitisch die Weichen auf wirtschaftliche Erneuerung gestellt werden. Angesichts der Umbrüche durch Transformation und KI kommt es darauf an, Bewegung im Arbeitsmarkt und Befä-

higung bei der Kompetenzentwicklung umfassend zu unterstützen (Weber 2026b). Starke berufliche Weiterentwicklung verbessert Restrukturierung in aufstrebende Bereiche, vergrößert die Innovationsfähigkeit und macht Risikoinvestitionen attraktiver. Dies unterstützt zudem eine Fachkräftepolitik, die heute angesichts des immer stärker sinkenden Arbeitskräftepotenzials dringender denn je ist.

Literatur

- Bundesregierung (2026): Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze. Deutscher Bundestag, Drucksache 21/3541 vom 12. Januar 2026.
- Hartl, Tobias; Wanger, Susanne; Warning, Anja; Weber, Enzo (2025): [Zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit: Höchststand von 473 Millionen Stunden auf Kurzarbeitkonten](#). IAB-Kurzbericht Nr. 12.
- Hutter, Christian; Carbonero, Francesco; Klinger, Sabine; Trenkler, Carsten; Weber, Enzo (2022): Which factors were behind Germany's labour market upswing? A data-driven approach. Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Jg. 84, H. 5, S. 1052–1076.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2026): [Wie die Arbeitsagenturen die Beschäftigungseffekte der jüngsten Mindestloohnerhöhung einschätzen](#). IAB-Forum, 27.1.2026.
- Hutter, Christian; Weber, Enzo (2025): [Konjunktur und Transformation: die kritische Gemengelage am Arbeitsmarkt](#). IAB-Forum, 23.1.2025.
- Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. Structural Change and Economic Dynamics, 52, S. 82–98.
- Parker, Alex; Weber, Enzo (2026): Measuring Labor Market Uncertainty. IAB-Discussion Paper Nr. 7 (im Erscheinen).
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2026a): Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, August 2026.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2026b): Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Fachkräfteengpassanalyse 2025, Nürnberg, Mai 2026.
- Wanger, Susanne; Hartl, Tobias; Hummel, Markus; Yilmaz, Yasemin (2024): [Überarbeitung der IAB-Arbeitszeitrechnung im Rahmen der Generalrevision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen](#). IAB-Forschungsbericht Nr. 20.
- Wanger, Susanne; Weber, Enzo (2026): Teilzeit und Krankenstand – Potenzial für mehr Arbeitsstunden? In: Wirtschaftsdienst, Jg. 106, H. 4, S. 237–243.
- Weber, Enzo (2026a): The dovish turnaround: Germany's social benefit reform and job findings. Journal of Policy Analysis and Management, 45, e22648.
- Weber, Enzo (2026b): Warum nicht mal Jobwechsel auf Probe? Die Zeit, 30.6.2026.
- Weber, Enzo; Yilmaz, Yasemin (2026): Industriebeschäftigung in der Krise: Und sie bewegt sich kaum. Makronom, 21.9.2026.